

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 85 (2000)
Heft: 3

Artikel: Kirchen-Opfer?
Autor: Caspar, Reta
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1041946>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



- Nach revolutionären Umwälzungen (z.B. Iran, Algerien, Afghanistan) ist eine bestimmte Schicht

von Frauen betroffen, die als eigenständige soziale Gruppe in Erscheinung getreten ist. Ihr werden einstmals zugestandene Rechte wieder entzogen. Es sind vor allem Frauen aus der städtischen Mittel- und Oberschicht, welche hier die Flucht – meist nach Westen – antreten. Vielfach werden Kleiderordnung, Diskriminierung in Bildung, Beruf und Gesellschaft als Fluchtgründe genannt.

● Politische Aktivistinnen werden im Allgemeinen an der Flucht gehindert, weil sie aus dem Ausland ihren Widerstand weiterführen könnten. Das Gegenbeispiel Taslima Nasrin (Bangladesh) wird darauf zurückgeführt, dass ihr Fall bereits grosse internationale Publizität erreicht hatte. Wenn auch zahlenmäßig weniger bedeutend,

so ist es doch dieser Typ, der bei und das Bild des "politischen Flüchtlings" geprägt hat.

- In neuerer Zeit, und erst in Einzelfällen, begründen Frauen ihren Asylantrag damit, dass sie von ihrem Mann geschlagen werden, dass sie Opfer von Genitalverstümmelung werden könnten, Mitgiftmord zu befürchten hätten etc. und von den Behörden ihres Heimatlandes keinen Schutz erwarten könnten. Die meisten dieser Gewaltopfer haben jedoch keine Möglichkeit, ihr Land zu verlassen.

Erst wenn diese frauenspezifischen Gewaltverhältnisse weltweit als Problem wahrgenommen werden, wenn Frauen nicht nur aufgrund ihres Status als Ehefrauen und Mütter Asyl erhalten, wird den Frauen die Offenbarung dieser Fluchtgründe auch ermöglicht. Vorreiter ist hier Kanada, das seit dem Erlass neuer Richtlinien 1993 mehrere Hundert Frauen als

Flüchtlinge anerkannt hat, darunter Frauen, die vor prügelnden Ehemännern oder drohender genitaler Verstümmelung geflohen sind.

Mut machen aber auch Entwicklungen wie derzeit im Iran, wo die jungen Menschen die Mullahs abgewählt haben und vor allem die jungen Frauen grosse Hoffnungen auf die Reformer setzen.

In der Zwischenzeit wäre es angezeigt, dass die westlichen, "aufgeklärten" Länder ihre mit Rechtsstaatlichkeit verschleierte Frauenfeindlichkeit erkennen und ihre Haltung gegenüber Asyl suchenden Frauen überprüfen.

Reta Caspar

Quellen

taz 2.12., 13.12., 15.12.1999

Gottstein Margrit: „Wie Frauen zu Flüchtlingen werden“

in : Das Argument 224/1998

Kirchen-Opfer?

Für den 16. Februar 2000 hat kurzfristig eine Initiative namens "Ein Mahnmahl für die Millionen Opfer der Kirche" mit etlichen Inseraten zu einem Vortragsabend im Kongresshaus Zürich eingeladen. Als Referent trat der als "einer der prominentesten Kirchenkritiker des 20. Jahrhunderts" bezeichnete Prof. Dr. Hubertus Mynarek, Autor von "Die neue Inquisition. Sektenjagd in Deutschland" (1999) auf.

Mynarek (*1929), katholischer Theologe, ist in den 70er Jahren aus der Kirche ausgetreten. Seitdem schrieb er eine auf den ersten Blick beeindruckenden Zahl von u.a. kirchenkritischen Publikationen. Dabei fällt jedoch auf, dass – im Gegensatz etwa zu Deschner – keine in einem wirklich namhaften Verlag erschienen ist.

Kirchenkritiker Mynarek will die wahre, "Ökologische Religion" (1986)(er-)finden. Schon seit Jahren hält er Vorträge bei der finanziell starken Glaubens- und Öko-Lebensgemeinschaft "Universelles Leben" in Würzburg. Zu dieser Gruppierung, die sich im Dauercinch mit der Kirche und der Öffentlichkeit befindet, gehört der Verlag "Das weisse Pferd", bei dem sein neuestes Buch herausgekommen ist, ebenso der Verlag "Das Wort", in dem frühere Bücher erschienen.

Auf eine erste, überschwängliche Buchanpreisung durch Horst Herrmann in der deutschen Zeitschrift *diesseits* (Nr. 3/1999) hin, wurde in der Folgenummer der kritischer Artikel eines Berliner Humanisten abgedruckt, der einerseits deutlicher auf die Zusammenhänge des

Verlags hinweist, andererseits auch inhaltliche Mängel auflistet. Seine Quintessenz: "Wenig Information und Analyse, viel Meinung und Unterstellung".

An der Zürcher Veranstaltung bekannte Mynarek auf eine Zuschauerfrage (von FVS-Zentralsekretär Jürg L. Caspar) freimütig, selbst Mitglied der Glaubensgemeinschaft "Universelles Leben" im Würzburg zu sein.

Wer genau in der Schweiz hinter der Initiative steht, wurde weder aus den Anzeigen noch aus den Ausführungen am Abend klar. Die Kontaktstelle der Initiative jedenfalls befindet sich – Zufall oder nicht? – ebenfalls in Würzburg.

Kritik – auch am Humanistischen Verband Deutschlands
Seit den 80er Jahren wird Mynareks Tätigkeit von einem "Berliner

Forts. S. 3

Institut für Faschismus-Forschung (BFFF)" kritisch beobachtet. In einer umfangreichen Schrift werden die Wurzeln von Mynareks Ideen bei altgedienten Nazi-Ideologen geortet. Das Institut übt auch Kritik am Humanistischen Verband Deutschlands (HVD), dem sich 1993 ein Teil der Freireligiösen angeschlossen hat. Diese gelten als neuheidnische Bewegung, deren Wortführer seinerzeit dem Nationalsozialismus huldigten. Das BFFF bezichtigt schliesslich neben Mynarek auch verschiedene heutige Mandatsträger des HVD des Rechtsextremismus. Wer sich für die Vorwürfe im Detail interessiert, sei auf deren Homepage (<http://home.snafu.de/bfff>) verwiesen.

Tatsächlich hat sich der HVD bestens ziemlich blauäugig in ein schiefes Licht gebracht, indem er u.A. Mynarek als Autor aufnahm und seine Bücher propagiert. Das wiegt umso schwerer, als der HVD in Berlin als Anbieter des Lebenskunde-Unterrichtes im Rampenlicht steht.

Kirchenkritik im Nationalsozialismus

Historisch ist klar: Kirchenkritik gab es auch unter den Nazis. Bei aller Achtung vor der Arbeit der Faschismus-Forscher muss aber doch festgehalten werden, dass nicht alle kirchenkritische Aktivität in die braune Ecke gedrängt werden darf. Im Gegenzug muss aber auch jede Bewegung kritisch mit der eigenen Geschichte umgehen. In seiner Grundsatzzerklärung beruft sich der HVD klar auf die Aufklärung und nicht auf die Faschisten. Aber ein sorgloser Umgang mit der Vergangenheit darf deswegen nicht akzeptiert werden. Erste Lehren hat der Verband offenbar bereits gezogen: Auf seiner Homepage findet sich unter dem Stichwort Euthanasie folgender Vermerk: "Einer kritischen historischen Aufarbeitung bedarf es, dass neben anderen auch einige

Delegiertenversammlung 2000 Sonntag, 28. Mai in Luzern

Die diesjährige Delegiertenversammlung findet in Luzern statt.
Anträge zuhanden der Delegiertenversammlung sind bis spätestens 10. April 2000 an das Zentralsekretariat zu richten.

Der Zentralvorstand trifft sich am Samstag, 15. April, in Bern zur Vorbereitung der Delegiertenversammlung.

Freidenker geistige Wegbereiter der nationalsozialistischen Medizinverbrechen waren" (siehe www.humanismus.de).

Diesbezüglich hat auch die FVS Flecken auf der Weste. Im Zusammenhang mit der alten Tausendernote ist in der Schweiz der Name August Forel vielen wieder ins Gedächtnis gerufen worden. Forel war als Direktor der Psychiatrischen Klinik Burghölzli verantwortlich für die Kastration und Sterilisation so genannt minderwertiger Personen. Schmerzliche, dass im langjährigen Propagandamaterial und unter www.freidenker.ch immer noch auf den "Freidenker Forel" verwiesen wird.

Es ist m.E. sorgfältiger zu prüfen, in wessen Nachfolge und an wessen Seite die Freidenker sich explizit stellen wollen. Vor unheiligen Allianzen mit Gruppierungen, die gleichfalls – aber eben nicht nur – die Trennung von Staat und Kirche anstreben, muss eindringlich gewarnt werden.

FVS als Ersatzkirche?

Damit verbunden stellt sich auch die Frage, welche Ziele die FVS in Zukunft verfolgen soll.

Eine Professionalisierung im Stil eines HVD birgt auch Gefahren: Mit seinem wachsenden Angebot an professionellen Dienstleistungen nimmt der HVD zunehmend einen Platz neben den Kirchen ein. Die Tatsache, dass er vom Staat für

einen Teil seiner Dienstleistungen bezahlt wird, macht die Situation nicht besser.

Auch die Schweizer Freidenker haben schon mehrmals über einem bekenntnisfreien Ethik-Unterricht als Ersatz für den bisherigen biblischen Unterricht an den Schulen diskutiert. Dieser sollte aber nicht etwa von der FVS oder von sonst einer weltlich orientierten Gruppierung erteilt, sondern via Lehrerausbildung und Lehrplan realisiert werden.

Den Staat in die Pflicht nehmen

Ziel der FVS muss also bleiben, die Trennung von Kirche und Staat anzustreben und die Leistungen, die bisher von den Kirchen erbracht wurden als staatliche Pflichten einzufordern: Von der Beratung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen über den Ethikunterricht, die Betreuung von alten und kranken Menschen bis zu bekenntnisfreien Bestattungen auf den gemeindeeigenen Friedhöfen, die – wie zum Beispiel die Eheschliessungen – ohne Weiteres auch von entsprechend ausgebildeten Zivilstandsbeamten geleistet werden könnten. Es geht also nicht darum, ein neues Angebot aufzubauen, sondern immer wieder darauf hinzuweisen, dass hier die Gemeinden eine wichtige Aufgabe zu übernehmen haben.

Reta Caspar